

# Zur Rettung des Friedens im Südsudan

Deutsche Übersetzung der Zusammenfassung der Studie  
„Rescuing the Peace in Southern Sudan“

Die nächsten zwölf Monate werden für die Zukunft des Sudans entscheidend sein. Während das Land den fünften Jahrestag der Unterzeichnung des Nord-Süd-Friedensabkommens von 2005 begeht, das einen mörderischen Bürgerkrieg beendete, hat im Südsudan die Gewalt erheblich zugenommen. Im Jahr 2009 wurden rund 2.500 Menschen getötet und 350.000 mussten fliehen. Bevorstehende historische Wahlen und ein späteres Referendum werden das brüchige Friedensabkommen auf eine harte Probe stellen. Es ist zu befürchten, dass die Gewalt eskaliert – es sei denn, die dringend benötigte internationale Unterstützung wird gewährt.

Der Südsudan ist eine der ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen der Welt. Die tiefe Armut und die begrenzten Kapazitäten von Regierung und Hilfsorganisationen, auf Notlagen zu reagieren und Entwicklungsfortschritte zu erreichen, verstärken die Gefahr, dass der bewaffnete Konflikt wieder ausbricht.

Die Bevölkerung im Südsudan hat außergewöhnliche Ausdauer bewiesen, als es darum ging, nach den Kriegsjahrzehnten neu anzufangen. Wenn die Menschen Hoffnung auf eine Zukunft haben sollen, benötigen sie dringend spürbare Entwicklungsfortschritte und Schutz vor Gewalt. Der Sudan steht vor vielen miteinander verknüpften Herausforderungen, die jedoch gemeistert werden können, wenn die internationale Gemeinschaft jetzt handelt.



# Zusammenfassung

Der Sudan steht an einem Scheideweg, und die nächsten 12 Monate könnten die Zukunft dieses größten Staates in Afrika entscheidend bestimmen.

Im Januar 2005 markierte die Unterzeichnung des Nord-Süd-Friedensabkommens (Comprehensive Peace Agreement, CPA) den Beginn einer neuen Ära der Hoffnung. Das Abkommen – zwischen der sudanesischen Zentralregierung und der Rebellenbewegung aus dem Süden, der *Sudan People's Liberation Movement/Army* (SPLM/A) – beendete offiziell einen mörderischen Bürgerkrieg, der insgesamt rund zwei Millionen Menschen das Leben kostete und vier Millionen Vertriebene zurückließ. Das CPA brachte bedeutende, wenn auch unsichere Verbesserungen für den Südsudan mit sich, so die Einrichtung einer teilautonomen Regierung im Südsudan (Government of Southern Sudan, GoSS), wesentliche Verbesserungen bei der Sicherheitslage in einigen Gebieten, die Rückkehr zahlreicher Binnenvertriebener und Flüchtlinge und die Ausweitung lokaler Märkte und Handelsbeziehungen.

Fünf Jahre danach ist das Friedenabkommen äußerst fragil, und die Gewalt nimmt erneut zu. Die humanitäre Situation, ohnehin eine der schlimmsten weltweit, verschlechtert sich weiter. Und in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung im Süden hat es seit dem Ende des Krieges keine wesentlichen Entwicklungsfortschritte gegeben.

## Gefährdete Zivilbevölkerung

2009 war ein Jahr der Gewalt für die Menschen im Südsudan: Mehr als 2.500 Menschen wurden getötet und 350.000 mussten fliehen (Im bekannteren Darfur-Konflikt im Westsudan, wo die humanitäre Situation ebenfalls Anlass zu äußerster Sorge liefert, waren 2009 die entsprechenden Zahlen niedriger.). Ein Großteil der Gewalt findet in abgelegenen ländlichen Gebieten statt, wo die Gemeinschaften häufig sehr arm und extrem schwierig zu erreichen sind. Viele der Betroffenen sind Frauen und Kinder. Bei einem Angriff auf ein Dorf im Bundesstaat Jonglei im August 2009 wurden 161 Menschen getötet, die meisten davon Frauen und Kinder.

Diese Zunahme von Gewalt hat mehrere, einander teilweise überlagernde Ursachen. Spannungen zwischen Nord- und Südsudan, auch über Umsetzungsfragen des Friedensabkommens, haben zu Auseinandersetzungen innerhalb der integrierten Nord-Süd-Militäreinheiten geführt. Konkurrenz um natürliche Ressourcen in Verbindung mit der weiten Verbreitung von Kleinwaffen heizt die Gewalt zwischen den zahlreichen Ethnien im Südsudan an. Zudem

wird die Region auch weiterhin von der Lord's Resistance Army (LRA) heimgesucht, einer mörderischen Rebellen­gruppe mit Ursprung in Nord-Uganda.

Trotz der Anstrengungen der Südregierung, Zivilpersonen zu entwaffnen und eine neue Polizei aufzubauen, und trotz der Präsenz der Friedensmission der Vereinten Nationen UNMIS (United Nations Mission in Sudan), deren Mandat unter anderem den Schutz der Zivilbevölkerung vorsieht, ist die Sicherheit der Menschen im Südsudan Tag für Tag bedroht. Die Regierungsstellen und die VN-Friedensmission müssen dringend etwas unternehmen, um die Zivilbevölkerung vor der Gewalt zu beschützen.

## Bedarf an Nothilfe decken

Diese Unsicherheit, verschärft durch die erraticen Niederschläge im Jahr 2009, hat zu einer sich drastisch verschlechternden humanitären Situation geführt. Der Ackerbau kam zum Erliegen, Einkommensmöglichkeiten wurden vernichtet, und dringend benötigte Entwicklungsmaßnahmen haben sich verzögert, was umgekehrt das Risiko weiterer Gewalttätigkeiten perpetuiert.

Wegen der Größe des Gebiets und fehlender Infrastruktur war es für Hilfsorganisationen immer schon eine extreme Herausforderung, im Südsudan Menschen in Not zu erreichen. In der gesamten Region gibt es nur knapp 50 Kilometer feste Straßen, in der Hauptstadt Dschuba konzentriert. Während der langen Regenzeiten sind viele ländliche Orte wochenlang weder per Straße noch auf dem Luftweg zu erreichen. Die zunehmende Gewalt engt diesen beschränkten Zugang zusätzlich ein.

Die Fähigkeit internationaler Organisationen, der lokalen Regierung und der Zivilgesellschaft, sich auf Notfälle vorzubereiten und darauf zu reagieren, muss gestärkt werden, einschließlich verbessertem Zugang zu entlegenen Gebieten und besserer Gefahrenanalyse. Aber dies darf keine Ressourcen von der ebenso wichtigen Aufgabe abziehen, Entwicklungsfortschritte im Südsudan zu bewirken.

## Dringender Entwicklungsbedarf

Das allgemeine Vertrauen in das Nord-Süd-Friedensabkommen ist durch die zunehmende Unsicherheit in der jüngeren Vergangenheit und die nur langsame Realisierung der erwarteten „Friedensdividende“ (Grunddienstleistungen wie Wasser und Gesundheitsfürsorge, Einkommensmöglichkeiten und Infrastruktur) schwer beeinträchtigt.

Das Ausmaß des Bedarfs im Südsudan, einem Gebiet etwa von der Größe Frankreichs, ist schier unvorstellbar. Bei den Indikatoren für menschliche Entwicklung rangiert der Südsudan am unteren Ende der Skala. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung hat Zugang zu sicherem Trinkwasser. Das Risiko für eine Frau, an Komplikationen während der Schwangerschaft zu sterben, ist hier größer als irgendwo sonst auf der Welt. Jedes siebte Kind stirbt vor seinem sechsten Lebensjahr. Nahezu 90 Prozent der südsudanesischen Frauen können nicht lesen oder schreiben.

Nach Jahrzehnten von Krieg und Marginalisierung ist es nicht verwunderlich, dass die Geberländer und die Regierung des Südsudans große Probleme hatten, Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen. Aber es wurden Fehler gemacht, die die Bevölkerung teuer zu stehen kamen: Das System der Hilfe für den Südsudan war fehlerhaft konzipiert, was zu langen Verzögerungen bei der Finanzierung dringend benötigter Projekte führte. Mit der Fokussierung vor allem auf Umsetzung wichtiger Eckpunkte des Nord-Süd-Friedensabkommens und ohne Grundstrukturen einer funktionierenden Verwaltung war die Regierung des Südsudans nicht imstande, den Entwicklungsfragen gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

## Vor einem entscheidenden Jahr

Die nächsten zwölf Monate sind entscheidend. Als das Friedensabkommen unterzeichnet wurde, wurde eine sechsjährige Übergangsperiode von 2005 bis 2011 vereinbart, in der eine Reihe von wichtigen Zwischenzielen erreicht werden sollten. Die Umsetzung liegt jedoch ganz erheblich hinter dem Zeitplan zurück, und die Parteien gehen mit mehreren potenziellen Konfliktpunkten in das letzte Jahr. Zwei historische Ereignisse – die nationalen Wahlen im April 2010 und ein Referendum im Januar 2011, in dem die Bevölkerung des Südsudan darüber abstimmt, ob sie Teil eines vereinten Sudans bleiben oder sich abspalten will – könnten durchaus zu einer weiteren Destabilisierung führen, wenn nicht alle Beteiligten entsprechende vorbeugende Maßnahmen treffen. Zentrale Fragen, wie die Demarkierung der erdölreichen Grenzgebiete zwischen Nord- und Südsudan und die Verteilung von Öl- und anderen Einnahmen, sind weiterhin strittig.

Die Menschen im Südsudan haben außergewöhnliche Ausdauer bewiesen, als es um den Neuanfang nach einem der längsten und blutigsten Kriege in Afrika ging. Wenn sie Hoffnung auf die Zukunft haben sollen und wenn der Frieden von Dauer sein soll, benötigen sie dringend Sicherheit, Entwicklungsfortschritte und größere Unterstützung durch den Rest der Welt.

Die komplexe Krise im Südsudan verlangt nach einem Lösungsansatz auf mehreren Ebenen, der die folgenden drei Kernpunkte beinhalten sollte:

## **1. Konflikt-Eindämmung und Schutz der Zivilbevölkerung**

- Die Regierung des Sudans und die (teilautonome) Regierung des Südsudans müssen zusammenarbeiten – mit Hilfe der internationalen Unterstützergruppe des Nord-Süd-Friedensabkommens –, um im Vorfeld wichtiger Meilensteine des CPA-Prozesses (insbesondere des Referendums 2011 und des Zeitraums danach) Einvernehmen über die wesentlichen Punkte zu erreichen.
- Die Regierung des Südsudans muss – mit Unterstützung internationaler Partner – über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung hinaus die Leistungsfähigkeit ihrer Sicherheitskräfte (Militär und Polizeikräfte) stärken, um die innere Sicherheit und den Schutz der Zivilbevölkerung wirksam zu gewährleisten
- Der VN-Sicherheitsrat sollte bekräftigen, dass der Schutz der Zivilbevölkerung eine Priorität für UNMIS sein muss, und prüfen, inwieweit die UNMIS zusätzliche Ressourcen benötigt, um ihrem Mandat nachzukommen.
- Die UNMIS sollte klare Richtlinien für die in ihrem Mandat enthaltene Schutzverpflichtung erarbeiten und entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen für ihr gesamtes Personal durchführen sowie verstärkt mit örtlichen Gemeinschaften zusammenarbeiten.
- Der VN-Sicherheitsrat muss sich erneut mit der LRA befassen und auf eine umfassende Lösung des Problems drängen.

## **2. Verbesserung von Notfallvorsorge und Nothilfe**

- Die Geber sollten ihre Nothilfefinanzierung auf den Südsudan ausweiten und sicherstellen, dass diese auch unkompliziert für NRO und nicht nur für VN-Organisationen zur Verfügung steht. Die Vereinten Nationen, Geberländer und internationale NRO müssen ihre Unterstützung für lokale NRO und kirchliche Strukturen verstärken – häufig die einzigen Akteure, die in der Lage sind, entfernt gelegene Gemeinschaften im südlichen Sudan zu erreichen.
- Das VN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) sollte personell vollständig besetzt sein, robuste Notfallvorsorge koordinieren und sich für verbesserten Zugang zu mangelhaft versorgten Gebieten einsetzen.
- Nothilfemaßnahmen sollten einen Beitrag zur Entwicklung leisten, indem sie – wo angebracht und möglich – Alternativen zur Verteilung von Nahrungsmitteln und anderen Hilfsmaßnahmen, welche die lokale Selbstversorgung von Gemeinschaften untergraben, anstreben.

### **3. Beschleunigte Bereitstellung von Grunddienstleistungen und Unterstützung der Regierung des Südsudans**

- Die Regierung des Südsudans sollte – mit Unterstützung der Geberländer – ihre finanzielle Rechenschaftslegung verbessern und ihre erheblichen Ressourcen besser bewirtschaften, um für die Menschen im Südsudan spürbare Entwicklungsfortschritte zu erreichen.
- Die Geberländer sollten mehr zuverlässige, längerfristige Finanzierung für die Bereitstellung von Grunddienstleistungen (insbesondere Gesundheitsfürsorge, Bildung, sauberes Wasser) zur Verfügung stellen. Ziel sollte es sein, dass – innerhalb eines realistischen Zeitrahmens – die Regierung des Südsudans diese Grunddienstleistungen selbst bereitstellt.
- Die Geberländer sollten den Ausbau der südsudanesischen Infrastruktur stärker unterstützen, mit Priorität für den Straßenbau und die Rehabilitierung von Landebahnen – einschließlich solcher in entlegenen Gebieten. Dies wird es den Behörden und UNMIS auch ermöglichen, rascher instabile Standorte zu erreichen.
- Die Geberländer müssen ihre Technische Zusammenarbeit mit der Regierung des Südsudans erhöhen und verstärken, mit viel mehr Unterstützung für lokale Strukturen.

© Oxfam International Januar 2010

Die Studie „Rescuing the Peace in Southern Sudan“ wurde von Maya Mailer und Lydia Pool für Oxfam International, Christian Aid, Cordaid, Handicap International, Save the Children, ICCO & Kerk in Actie, the International Rescue Committee (IRC), Secours Catholique/ Caritas France, Tearfund und World Vision verfasst. Die Zusammenfassung wurde von Markus Nitschke ins Deutsche übersetzt.

Oxfam bedankt sich herzlich bei allen, die diese Studie ermöglicht haben: die Regierung des Südsudans, die Vereinten Nationen, die Kolleginnen und Kollegen aus Gebergemeinschaft, Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft sowie nicht zuletzt die Gemeinschaften vor Ort. Wir bedanken uns ebenfalls bei Kirsten Hagon, Verity Johnson, Olivia Kalis, Alun McDonald und Noah Gottschalk für ihre tatkräftige Unterstützung.

Diese Studie ist Teil einer Reihe von Veröffentlichungen, die sich in die öffentliche Debatte über entwicklungspolitische und humanitäre Themen einbringen. Die vollständige Studie in englischer Sprache kann unter [www.oxfam.org](http://www.oxfam.org) als auch unter [www.oxfam.de](http://www.oxfam.de) heruntergeladen werden.

Der Text kann für Kampagnen-, Bildungs- und Forschungszwecke unentgeltlich genutzt werden, sofern die vollständige Quelle angegeben wird. Der Urheberrechtsinhaber bittet darum, dass ihm sämtliche derartige Nutzungen für Zwecke der Auswertung gemeldet werden. Für die Vervielfältigung unter sonstigen Umständen, die Wiederverwendung in anderen Veröffentlichungen oder für die Übersetzung oder Bearbeitung ist unsere vorherige Zustimmung erforderlich und es können Gebühren anfallen. Senden Sie bitte eine E-Mail an: [publish@oxfam.org.uk](mailto:publish@oxfam.org.uk).

Für weitere Informationen über die in diesem Papier behandelten Themen senden Sie bitte eine E-Mail an: [sudan@oxfam.de](mailto:sudan@oxfam.de).

**[www.oxfam.org](http://www.oxfam.org)**